

Strategische Ausrichtung der Fraktionsarbeit in der 18. Legislaturperiode:

Wir sind DIE Opposition

Die Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag erbrachten einerseits einen Wahlerfolg der Union, andererseits eine rechnerische Mehrheit für SPD, DIE LINKE und GRÜNE. Für eine Koalition der Mehrheitsparteien fehlte die politische Grundlage, die SPD hat sich entschieden, in eine Große Koalition mit CDU und CSU einzutreten. DIE LINKE ist die stärkste Oppositionskraft im 18. Deutschen Bundestag.

Wir buchstabieren die Große Koalition so: Angela Merkel bleibt und der Politikwechsel fällt aus. Das ist schlecht für Europa und die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland, denn gegen ihre Interessen wird nunmehr mit der SPD weiter regiert. Die Wahlversprechen der SPD – von Reichensteuern über Abschaffung des Betreuungsgeldes bis hin zu einer Reregulierung des Arbeitsmarktes – waren weitgehend das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt wurden. Die Grünen orientieren sich offensichtlich darauf, die FDP politisch zu beerben. Das schwarz-grüne Bündnis in Hessen ist mehr als bloß eine Koalitionsbildung auf Landesebene.

DIE LINKE ist damit DIE Opposition für eine soziale, friedliche und gerechte Gesellschaft. Das erhöht unsere Chancen, aber auch die Verantwortung, der wir gerecht werden müssen. DIE LINKE muss signalisieren, dass sie die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler genauso vertritt wie die enttäuschter sozialdemokratischer Wählerinnen und Wähler, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und die Interessen derjenigen in unserer Gesellschaft, die bereits an den Rand gedrängt wurden. Zudem wollen wir neue Milieus erschließen, zum Beispiel Menschen, denen es gut geht und die Interesse an einer gerechten Gesellschaft haben. Eine Bundesregierung des „Weiter so!“ erfordert eine starke Opposition. Das heißt konsequente Oppositionspolitik, die die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung nachvollziehbarer Alternativen einschließt.

Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass die SPD eine Regierung mit uns auch auf Bundesebene nicht mehr ausschließt. Selbstverständlich sind wir weiter bereit für Gespräche. Wir nehmen allerdings auch zur Kenntnis, dass die SPD in gleicher Weise mögliche Regierungsoptionen mit der FDP sondiert. Wir sind daher realistisch genug, um die mit den Öffnungssignalen auch verbundenen Interessen der SPD-Führung zu erkennen: Rot-Grün ist auf absehbare Zeit keine mehrheitsfähige Option auf Bundesebene mehr. Will sich die SPD nicht auf Dauer in dem Dilemma bewegen, entweder

Oppositionspartei oder Mehrheitsbeschaffer einer CDU-Kanzlerin zu sein, braucht sie einen weiteren Bündnispartner. Diese Einsicht bedeutet leider bei weitem noch kein inhaltliches Bekenntnis zu einem alternativen Politikprojekt.

Aktuell hat sich die SPD entschieden und wir werden sie an ihren Taten messen. In Ländern und Kommunen, in Ost und West müssen nun politische (rot-rote oder rot-rot-grüne) Bündnisse entstehen. Wo sich diese Frage stellt, muss der jeweils stärkste Partner selbstverständlich den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin stellen.

Erfolgreiche Regierungsbündnisse erfordern Respekt unter den beteiligten Parteien, Substanz in der Sache und ausreichende politische Mehrheiten. Bisher sind die Bekundungen der SPD nicht mit inhaltlichen Angeboten für einen Politikwechsel unterlegt. Eine verantwortungsvolle Europa- und Außenpolitik ist unvereinbar mit dem derzeitigen Koalitionsvertrag und der Fortsetzung der verordneten ökonomischen und sozialen Katastrophe in den Krisenländern der Eurozone sowie einer zunehmenden militärischen Rolle Deutschlands in der Welt, die den Frieden gefährdet. Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnt es ab, die Bundeswehr weltweit in neue Kriege zu schicken.

Eine starke, konsequente Opposition ist die Voraussetzung für gute Wahlergebnisse der LINKEN und bei einer Großen Koalition wichtig für die Demokratie insgesamt. Starke Wahlergebnisse für DIE LINKE sind die Voraussetzung für Nachdenkprozesse in der SPD. Entscheidend ist: Wir brauchen mehr gesellschaftlichen Druck in Richtung einer anderen Politik. Die von uns vertretenen Alternativen – Millionärssteuer, Rücknahme der Rente erst ab 67, Verbot sachgrundloser Befristung und generell bessere Regulierung des Arbeitsmarktes – sind teilweise schon heute mehrheitsfähig. Aber diese Mehrheiten artikulieren sich nicht, und auch die Gewerkschaftsspitzen haben ihre Rolle, ihnen eine laute Stimme zu geben, weitgehend aufgegeben. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD wurden von einem massiven Trommelfeuer der Wirtschaftsverbände begleitet, während zumindest von Seiten der führenden Gewerkschafter das Ergebnis schöngeredet wurde. In einem solchen gesellschaftlichen Klima ist ein wirklicher Politikwechsel kaum möglich. Dieses Klima zu verändern ist daher eine unserer wichtigsten Aufgaben für die jetzt begonnene Legislatur. Das geht nur durch Eigenständigkeit, Profilschärfe und konsequente Opposition.

Das heißt: konsequente Oppositionspolitik ist eine zentrale Voraussetzung für einen zukünftigen Politikwechsel mit der SPD, der durch eine breite Unterstützung in der Gesellschaft getragen sein muss. Wir dürfen keinen Zweifel daran lassen, dass es uns um eine andere Politik und nicht um abstrakte Regierungsoptionen geht. Rot-rot-grüne Debatten als solche sind eher wenig geeignet, unser Profil zu schärfen – DIE LINKE muss ein unverwechselbares Gesicht haben und behalten. Daher bleibt es die Aufgabe für DIE LINKE im Bundestag, weiter für die Interessen der Beschäftigten,

Erwerbslosen und Rentner, der kleineren und mittelständischen Unternehmen zu streiten. Das erwarten die Wählerinnen und Wähler von uns. Sollte stattdessen der Verdacht entstehen, dass wir bis 2017 zum inhaltslosen SPD-Kanzlerwahlverein mutieren, werden wir unsere Glaubwürdigkeit verlieren.

Wir sollten unsere Arbeit auf folgende Themen konzentrieren, die essentiell für unsere Wählerinnen und Wähler sind und eine Mehrheit in Deutschland bewegen:

1. Schluss mit dem Lohndumping: für gute Löhne und sichere Arbeitsplätze

- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 10 Euro Brutto pro Stunde
- Beseitigung bzw. Eindämmung prekärer Beschäftigung (Befristungen, Leiharbeit, Missbrauch von Werkverträgen, Scheinselbstständigkeit)
- Stärkung der Gewerkschaften und Betriebsräte durch Änderungen der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen (Betriebsverfassungsgesetzes etc.); Vetorecht bei Leiharbeit, Werkverträgen und Betriebsverlagerungen
- Sofortige Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro und Beendigung des Repressionssystems in den Jobcentern; Wiederherstellung ordentlicher Zumutbarkeitsregeln
- Zielorientiertes Zukunftsinvestitionsprogramm

2. Für eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer und Reform der Erbschaftssteuer mit dem Ziel deutlich höherer Einnahmen
- Grundlegende Reform des Einkommenssteuertarifs
- Grundsätzliche Neuorientierung der Bund-Länder (Kommunen!)- Finanzbeziehungen – Solidarpakt III
- Abschaffung der Abgeltungssteuer: auch Vermögenseinkommen sind zum persönlichen Steuersatz zu versteuern
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung: Banken, die drei Mal Beihilfe leisten, gehört die Lizenz entzogen; Lizenzgebühren und Fremdkapitalzinsen, die in Steueroasen fließen, dürfen nicht mehr abzugsfähig sein

3. Gegen Altersarmut, Kinderarmut, ungleiche Behandlung im Krankheitsfall

- Kurswechsel in der Rentenpolitik: Generelle Rücknahme der Rente erst ab 67 und Rücknahme der Rentenkürzungen seit Riester; Schluss mit der staatlichen Subventionierung der "Riester-Produkte"
- solidarische Bürgerversicherung
- Ausbau der Kinderbetreuung und Kindergrundsicherung; bessere personelle und materielle Ausstattung der Schulen

4. Für eine soziale Energiewende

- Unser Konzept zur Energiewende sollte einfach und klar kommunizierbar sein und folgende Kriterien erfüllen:
 - a) Es muss ökologisch sein und damit muss es gewährleisten, dass die eingesetzten Förderinstrumente und Subventionen für die gesamte Stromproduktion zur bestmöglichen Reduktion der Treibhausgase führen.
 - b) Es muss demokratisch sein und sich damit nicht an den Interessen einzelner Lobbygruppen, sondern an dem Interesse der Mehrheit orientieren.
 - c) Es muss sozial sein und damit sicherstellen, dass zum einen überzogene Renditen bei der Stromproduktion und der Netzbetriebung unterbunden werden und zum anderen die Strompreise dauerhaft bezahlbar bleiben.
- Wichtige Punkte dabei sind: EEG-Novelle, Rekommunalisierung der Energieversorgung, Netze in öffentliche Hand, Stärkung der Strompreisaufsicht, Förderung von Speichertechnologien und steuerfinanzierte Komponente zur Finanzierung der Energiewende

5. Gegen die Macht von Banken und Finanzmärkten

- keine weitere Bankenrettung in Europa: Eigentümer und Gläubiger sollen haften
- Verkleinerung der Banken; Regulierung, Verbot der Spekulationsgeschäfte
- Begrenzung der Dispo-Zinsen

6. Linke Positionen zu Deutschlands Rolle in der Welt

- Verbot von Rüstungsexporten
- Sicherung des Parlamentsvorbehaltes bei Einsätzen der Bundeswehr
- Kampf gegen die Durchsetzung des TTIP
- Entwicklung einer gesamteuropäischen und zivilen Sicherheitsstruktur unter Einbeziehung Russlands als Alternative zur NATO

Berlin, 12. März 2014